

Dieses Wochenende fand die Aktionskonferenz der Initiative „Aufbruch“ statt. Der „Aufbruch“ ist sich noch nicht ganz sicher, ob er ein linkes Parteiprojekt oder eine soziale Bewegung werden möchte, aber der Anstoß ist da, gegeben von den Menschen die am 3. und 4. Juni an der Konferenz teilgenommen haben.

Für den Anfang macht die Halle des F23 eher einen kahlen Eindruck. Als aber, am Samstag um 10 herum, die Plätze langsam eingenommen werden, wird klar wieso so eine Halle Veranstaltungsort sein musste. 600 Menschen, 800 Menschen, fast Tausend Leute sind an diesem Samstag und am Vortag hier um aufzubrechen. Wohin weiß noch niemand so genau, aber dafür soll die erste Phase des Treffens ja dienen. In Kleingruppen werden Ideen gesammelt, die bisherige Kampagnen Idee kritisiert und geplant, wie wir das Projekt in einem Jahr sehen. Was am Ende von diesen Ideen übrig bleibt, soll die Gesamtmeinung der meisten repräsentieren. Die Kampagnen-Idee stand unter dem Motto: „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ und hier wurde angemerkt, dass die Fokussierung auf mehr liegen sollte, als „nur“ personifizierter Kapitalismuskritik und von diesem „Reichen-Bashing“ aus, das größere System dahinter angreifen soll. Einig waren sich die linken Menschen aus verschiedenen Strömungen: Antikapitalismus muss Basis des „Aufbruchs“ sein. Die Frage nach einer Partei wurde kritisch angesprochen. Konsens war, dass eine Partei, falls sie zustande kommt, nicht den Parlamentarismus als Hauptziel haben kann. Die Partei soll kein Selbstzweck sein, sondern anleitend in Arbeitskämpfen, sozialen Kämpfen intervenieren. Das kann nicht bei Reformen oder Erlässen aufhören.

Das Konzept von Aufbruch wie es jetzt existiert, hat den Charakter einer „Grätzel-Politik“, also ein organisieren, an dem Ort wo man ist, sei es Bundesland, Bezirk oder Gemeindebau. Deshalb teilte sich die zweite Hälfte in Bezirke und Bundesländer auf um die politische Lage speziell dort zu besprechen und Lösungsansätze bzw. Einbindungsmaßnahmen der Menschen dort zu ziehen.

Mit dieser Diskussion und noch einem raschen einteilen in Arbeitsgruppen, schließt die Konferenz. Trotzdem wird man das Gefühl nicht los, obwohl einiges angesprochen wurde, dass der „Aufbruch“ eher einen Schritt nach vorne und zwei zurück gemacht hat. Die Einigung auf eine antikapitalistische Grundkritik war sicher richtig und wichtig, aber allein das macht eine Bewegung leider noch nicht revolutionär. Die Frage nach einem Parteiprojekt sollte wirklich angesprochen und ausdiskutiert und nicht vor sich hin geschoben werden. Eine so große

Masse von Menschen in diesen Prozess mit einzubinden braucht mehr Strukturen, die transparent informieren und Aufgaben verteilen, sonst wirkt dem Bürokratismus nichts entgegen.

Aber trotz der Kritik ist dem „Aufbruch“ etwas gelungen, was für sich schon eine Leistung ist, bei der es dumm wäre sich nicht an dieser Initiative zu beteiligen. Egal wohin, er ist jetzt in Bewegung und mit ihm fast Tausend Menschen, die nicht aus Angst vor der FPÖ sondern aus Eigen-Engagement etwas tun wollen, die organisierte Bewegung, autonomen Strukturen vorziehen und auch bis zum Anfang dieser Bewegung durchgehalten haben. Weil am Ende dieser Konferenz steht der „Aufbruch“ am Anfang.